

Marbura Biedenkopf

Kommunalwahl 2006

Das
Wahlprogramm
2006

Starke Kraft im Landkreis



Inhaltsverzeichnis

DIE GRÜNEN in Marburg-Biedenkopf – gestaltungsstark und verantwortungsbewusst	3
Bildung – Lernen fürs Leben.....	3
Bildung von Anfang an	4
Schule	4
Universität	6
Lebenslanges Lernen - Weiterbildung.....	6
Arbeitsmarktpolitik - Wege in Ausbildung und Beschäftigung.....	7
Kinder und Jugendliche brauchen Chancen und ein gutes Lebensumfeld	9
Soziale Innovationen eröffnen Chancen	10
Integrationspolitik wird unter grüner Beteiligung ernst genommen	
Handeln - nicht nur Reden	11
Integration ist keine Einbahnstraße.....	11
Mehr Selbstbestimmung und bedarfsorientierte Hilfen für Menschen mit	
Behinderung.....	12
Unterstützung älterer Bürgerinnen und Bürger.....	13
Bürgerschaftliches Engagement fördern und für den sozialen Bereich begeistern	13
Verkehr und Mobilität.....	14
Umwelt und Energie – Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen	16
Wasser	16
Energie.....	17
Naturschutz und Landwirtschaft	17
Frauen und Männer	19
Wirtschaft und Finanzen	21
Kultur im ländlichen Raum - Kulturelle Räume stärken	23
Kulturförderung.....	23
Förderschwerpunkte.....	24

DIE GRÜNEN in Marburg-Biedenkopf – gestaltungsstark und verantwortungsbewusst

„Global denken, lokal handeln“ – so lautet ein bewährter Leitsatz grüner Kommunalpolitik. „Global denken, lokal handeln“ – das heißt, die Lebensbedingungen in unserer unmittelbaren Umgebung so zu gestalten, dass auch künftige Generationen gerechte Chancen vorfinden. Das heißt, sich in der Kommunalpolitik für nachhaltige Entwicklungen einzusetzen. Dazu gehören ressourcenschonendes Wirtschaften, saubere Erzeugung von Energie, flexible, umweltgerechte Mobilitätsformen und der sparsame Verbrauch von Strom, Wärme, Flächen und Natur.

Nachhaltige Politik bedenkt alle Lebensbereiche. Sie verpflichtet, kinder- und familienfreundlich zu handeln und sich für Solidarität und Geschlechtergerechtigkeit einzusetzen. Nachhaltigkeit bedeutet Zukunftssicherung durch Bildung und Ausbildung, gesunde Ernährung aus der Region, Qualität, Offenheit, Wertebewusstsein und Vielfalt. Eine solche Politik ermutigt die Bürgerinnen und Bürger, auf die Entwicklung unseres Landkreises demokratisch Einfluss zu nehmen. Und sie gibt jedem Menschen die Chance, selbstbestimmt seinen Platz in Beruf und Gesellschaft zu finden. Eine nachhaltige Politik setzt auf soziale Integration und bekämpft die Armut, nicht die Armen. Demokratie, Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit sind die Leitlinien unseres Handelns.

Beste grüne Tradition ist, mit begrenzten Mitteln verantwortungsbewusst und phantasievoll umzugehen, die richtigen Prioritäten zu setzen und auch an übermorgen zu denken. Das gilt vor allem auch im kommunalen Bereich. Von Anfang an haben grüne Politikerinnen und Politiker versucht, auch den kommenden Generationen durch umweltschonendes und solides Wirtschaften eine reiche und lebendige Zukunft zu sichern, denn „wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“.

Das gewachsene Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in diese Politik hat mit dazu beigetragen, dass Marburg-Biedenkopf heute einen grünen Ersten Kreisbeigeordneten hat. Es bleibt dabei: Wie unser Alltag aussieht, unter welchen Bedingungen wir leben und arbeiten, lernen, wohnen, Kinder erziehen und älter werden, wird nicht zuletzt von den Entscheidungen bestimmt, die in den Gemeinden, also vor unserer Haustür, getroffen werden. Zur Mitarbeit an dieser Aufgabe sind alle aufgerufen. Wie wir Grüne uns diese Arbeit für die nächsten Jahre vorstellen, soll dieses Wahlprogramm zeigen. Mischen Sie sich ein und helfen Sie mit – wir freuen uns darauf.

Bildung – Lernen fürs Leben

Wissen ist ein zentraler Faktor gesellschaftlicher Entwicklung. Von der Qualität des Bildungssystems hängt die Zukunft jedes Einzelnen und damit der gesamten Gesellschaft ab. In einem rohstoffarmen Land wie Deutschland ist eine gut ausgebildete Bevölkerung die wichtigste Ressource. Deshalb sind Investitionen in Bildung und Reformen des Bildungssystems für uns Grüne wesentliche Bestandteile einer nachhaltigen Politik. Der lebenslange Zugang zu Bildungsmöglichkeiten ist ein entscheidender Faktor für gesellschaftliche Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit. Denn Bildung ist die Grundlage für die aktive Teilhabe jedes Einzelnen am gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Geschehen.

Wir leben in einer Gesellschaft, deren Zustand und deren Perspektive ganz zentral von ihrem Bildungsniveau abhängen. BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wollen eine Wissenschaft, die ihre Verantwortung für die Zukunft der Gesellschaft wahrnimmt, sich den ökologischen und sozialen Problemen stellt und die Folgen ihrer Arbeit kritisch reflektiert.

Bildung von Anfang an

Der Schlüssel für die Fähigkeit zum lebenslangen Lernen liegt in der frühen Kindheit. In dieser Zeit werden die Grundlagen für einen forschenden Geist und für Entdeckungsfreude gelegt. Die Kindertageseinrichtungen haben darauf einen großen Einfluss. „Betreuung, Erziehung und Bildung“ – so lautet ihr gesetzlicher Auftrag. In den letzten Jahren lag der Schwerpunkt hauptsächlich auf Betreuung und Erziehung. Höchste Zeit also, dass aus den Nur-Betreuungseinrichtungen auch Bildungseinrichtungen werden. Wir können es uns nicht leisten, fast ein Viertel unserer Kinder als Bildungsverlierer abzuschreiben und die anderen nicht angemessen zu fördern.

Kaum jemand bezweifelt, dass ein ausreichendes Angebot an Betreuungsmöglichkeiten für Kinder auch unter drei Jahren benötigt wird. Selbstverständlich ist dies auch unser Ziel. Notwendig ist gleichzeitig aber unbedingt eine neue Qualitätsstufe in der Betreuung, Erziehung und Bildung unserer Kinder. Statt Kinder schon mit fünf in die Schule zu schicken, muss die Erziehungs- und Bildungskompetenz in den Kindertagesstätten und bei allen anderen Betreuungsinstitutionen erhöht werden. Dies trägt nicht nur dazu bei die Bildungschancen generell zu erhöhen, sondern hilft auch jenen Kindern, die besonders gefördert werden müssen und laut PISA schon aufgrund ihrer sozialen Herkunft schlechtere Bildungschancen haben.

Der von der Landesregierung propagierte Erziehungs- und Bildungsplan (Übergang Kita und Schule) reicht nicht aus. Geplant war, dies nur an einer Kindertagesstätte im Landkreis in Kooperation mit einer Grundschule umzusetzen. Mittlerweile ist nicht einmal dies mehr Sachstand. Wir brauchen eine flächendeckende grundlegende Strategie. Dazu müssen wir den Qualifizierungsprozess in den Kindertagesstätten stärken; der Landkreis kann hierzu die Weiterbildungsangebote konzipieren und den Prozess koordinieren.

Ein systematisches vorschulisches Curriculum, das auf spielerisches Lernen und lernendes Spielen setzt, ist erforderlich. Dabei geht es nicht darum, schon mit Vierjährigen Vokabeln zu pauken. Vielmehr sind die vielfältigen Talente der Kinder, ihre Wissenspotenziale, ihre emotionale Intelligenz und das soziale Lernen frühzeitig, altersgemäß und umfassend zu fördern.

Kinder mit Migrationshintergrund brauchen Unterstützung beim Erlernen sowohl der deutschen als auch ihrer Muttersprache. Mehrsprachigkeit ist eine Ressource, die sich nutzen und fördern lässt. Nach skandinavischem Vorbild sollte jedes Kind ein „Logbuch“ bekommen, das seine individuellen Lern- und Entwicklungsschritte dokumentiert. Um Kinder auf diese Weise individuell zu fördern, brauchen wir qualifiziertes Personal, das sich mit frühkindlicher Sprachentwicklung, den Methoden frühkindlicher Sprachförderung, interkultureller Pädagogik und diagnostischen Verfahren auskennt. Die Ausbildung von ErzieherInnen muss also aufgewertet und auf ein international vergleichbares Niveau gehoben werden.

Schule

Die Schule ist ein Lebensort und keine Lernfabrik. Sie ist der Ort, an dem Kinder unterschiedlicher sozialer, kultureller, ethnischer und nationaler Herkunft miteinander lernen und leben. Sozial benachteiligte Kinder sind auch in ihrer Schullaufbahn benachteiligt. Unser Schulsystem schafft es zumeist nicht, das Leistungsvermögen der Heranwachsenden zu nutzen und deren Begabungen zu fördern. Schule muss daher von anderen pädagogischen Systemen, die es auch im Inland gibt, lernen, Heterogenität zu nutzen und produktiv mit ihr umzugehen, statt frühzeitig in Schubladen zu stecken. Damit Kinder sich in ihrer Unterschiedlichkeit akzeptieren lernen, sollte die Schule mit gutem Beispiel vorangehen – indem sie sich beispielsweise von der Vorstellung verabschiedet, dass alle zur gleichen Zeit das Gleiche lernen müssen. Die Qualität der Schule und die Wirksamkeit pädagogischer Prozesse hängen entscheidend davon ab, wie stark sich alle Beteiligten – SchülerInnen, Eltern und

Lehrkräfte – mit ihrer Schule identifizieren und sie mitgestalten können. In Schulen mit einem hohen Maß an Eigenständigkeit werden die besten Lernergebnisse und die höchste soziale Integration erzielt.

Die CDU-Landesregierung forciert – gegen alle wissenschaftliche Erkenntnis – die Dreigliedrigkeit des Schulsystems. Als Schulträger hat der Landkreis keine Möglichkeiten dies zu ändern. Daher müssen wir vor Ort das Beste aus der Situation machen. Der Druck auf kleine Schulen ist durch das Hessische Schulgesetz erhöht worden, da sie als unwirtschaftlich gelten. Durch den unter grüner Verantwortung erarbeiteten Schulentwicklungsplan konnten negative Auswirkungen des neuen Hessischen Schulgesetzes auf den Landkreis vorerst vermieden werden und einige positive Weichenstellungen in Richtung eines auf die Förderung von Bildungschancen aller ausgerichteten Schulsystems erreicht werden.

Unsere Vorhaben und Ziele im Bildungs- und Betreuungsbereich:

- Das Betreuungsangebot an Grundschulen soll ins schulische Bildungsangebot integriert werden und ist bedarfsgerecht weiter auszubauen. Ziel ist es, in spätestens zwei Jahren alle Elternanfragen bedienen zu können. Dazu bedarf es eines geschickten Umsteuerns von vorhandenen Ressourcen und einer engen Kooperation mit den Schulen, Fördervereinen und den Städten und Gemeinden.
- Grundschulangebote sollen wohnortnah erhalten bleiben.
- Das weiterführende Schulangebot muss dezentral ausgerichtet bleiben und Standorte mit wichtiger Funktion für die Region müssen gestärkt werden. Insbesondere gilt dies für die Stadtschule Biedenkopf und die MPS Rauschenberg-Wohratal. Für Neustadt ist eine integrierte Gesamtschule unbedingt erforderlich, um den Schulstandort dauerhaft zu erhalten.
- Der Landkreis soll Ganztagsangebote nicht nur durch die Schaffung räumlicher Voraussetzungen fördern, sondern auch durch die Weiterführung der schon aufgebauten Informationsunterstützung z. B. durch eine Homepage für Ganztagschulen. Engpass dieser Entwicklung ist allerdings das Land, das für die nächsten drei Jahre nur je eine Stelle zum Ausbau des Ganztagsangebotes bewilligt hat.
- Die Arbeit der Beratungs- und Förderzentren soll gestärkt werden, damit ein Übergang in Förderschulen nicht notwendig wird.
- Die Fähigkeiten der Schulen in sozialer Hinsicht müssen durch lebensweltbezogene Schulsozialarbeit ausgebaut werden. Die bisher eingesetzten Mittel zu erhöhen, ist vor dem Hintergrund der positiven langfristigen Wirkungen auch unter Kostengesichtspunkten gerechtfertigt.
- An den Hauptschulen bzw. Hauptschulzweigen setzen wir uns für eine flächendeckende Einführung praxisorientierten Unterrichtes ein, um die weiterhin hohe Quote von Jugendlichen ohne Abschluss zu senken. Das derzeitige Konzept der SchuBklassen lehnen wir wegen der ausgrenzenden Wirkung ab.
- Die Beruflichen Schulen in Biedenkopf und Kirchhain müssen als wichtige Standortfaktoren erhalten und bei ihrer Anpassung an die neuen Herausforderungen (landesweite Ausbildungsgänge, Konzentrationen etc.) unterstützt werden.
- Wir wollen das Gymnasialangebot an allen Schulen erhalten und einzelne Schulen stärken. Dies gilt für die neue IGS in Neustadt, die Freiherr-vom-Stein-Schule in Gladenbach und die Schulen im Umfeld von Marburg in Heskem, Niederwalgern und Wetter.
- In Zusammenarbeit mit der Aids-Hilfe soll die Aufklärungsarbeit in Schulen zum Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten ausgebaut werden.
- Die vom Land verhängten Kürzungen des außerschulischen Bildungsangebotes im Jugendwaldheim Rossberg müssen zurückgenommen werden.

Universität

Die Philipps-Universität in Marburg bietet für den gesamten Landkreis große Entwicklungschancen. Daher muss der Landkreis auch gegenüber dem Land Hessen auf eine Stärkung dieser Institution bestehen.

Wir Grüne lehnen die Privatisierung der Universitätskliniken Gießen und Marburg nach wie vor ab. Wir sehen erhebliche Risiken sowohl für die Qualität der medizinischen Versorgung als auch für Wissenschaft und Forschung und die Beschäftigten.

Chancengleichheit für die Möglichkeit der Aufnahme einer akademischen Ausbildung muss für alle Studierenden unabhängig von der sozialen Herkunft gegeben sein. BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Marburg-Biedenkopf lehnen daher die Einführung von Studiengebühren jeglicher Art aufgrund der damit verbundenen Folgen auch für die über 19.000 Studierenden in Marburg konsequent ab. Bildung ist ein Grundrecht und darf nicht zur Ware verkommen, die sich nur noch wenige leisten können. DIE GRÜNEN Marburg-Biedenkopf wenden sich gegen die zunehmende Hierarchisierung innerhalb der Universitäten. Wir unterstützen ausdrücklich die Stärkung von demokratischen Strukturen an der Universität durch den Erhalt und die Förderung der studentischen Selbstverwaltung im Studierendenparlament, im Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) und in der akademischen Selbstverwaltung wie z. B. dem Senat der Philipps-Universität und in anderen Gremien. Das Mitspracherecht von Studierenden und MitarbeiterInnen muss weiter ausgebaut werden. Die Finanzierung der studentischen Selbstverwaltung an der Höhe der Wahlbeteiligung zu orientieren, lehnen wir ab.

Lebenslanges Lernen – Weiterbildung

Wer sich Zeit seines Lebens als Lernende oder Lernender begreift, der oder dem fällt es leichter als anderen, sich auf Veränderungen einzustellen. Qualifizierung und Neuorientierung werden für jede Einzelne und jeden Einzelnen immer wichtiger. Eine aktive Weiterbildungspolitik muss auf allen Ebenen erfolgen – von der Universität über private Weiterbildungseinrichtungen bis hin zur Volkshochschule.

In einer immer stärker auf Weiterbildung setzenden Gesellschaft hat auch die Volkshochschule eine wachsende Bedeutung. Sie ist notwendig, um Menschen aller Schichten Zugang zu Wissen zu ermöglichen und dient nachhaltig der Sicherung von Arbeitsplätzen.

Wir wollen:

- dass die Philipps-Universität als wichtiger Partner in der Region begriffen wird und eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung des Landkreises aufgebaut wird;
 - die Zusammenarbeit der Bildungsdienstleister in der Region, insbesondere der Universität sowie der Volkshochschulen des Landkreises und der Stadt Marburg fördern,
 - die Arbeit der Volkshochschule des Landkreises als zukunftsweisende Bildungseinrichtung stärken,
die Kooperation mit der VHS der Stadt Marburg intensivieren,
 - für Frauen auch karrierefördernde Angebote machen,
 - die Bildungsregion Mittelhessen stärken und die Institutionen im Landkreis für eine Mitwirkung an dieser Idee stärker als bisher gewinnen.
-

Arbeitsmarktpolitik – Wege in Ausbildung und Beschäftigung

Die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und insbesondere der Langzeiterwerbslosigkeit ist das herausragende Ziel grüner Politik.

Mit der Reform der Sozial- und Arbeitslosenhilfe durch die Bundesgesetzgebung der rot-grünen Koalition haben erstmals Millionen Arbeitslose, die bisher von der Arbeitsverwaltung unbeachtet waren, die Chance erhalten, Arbeitsvermittlung und Arbeitsförderung in Anspruch zu nehmen. Seit 2005 haben alle erwerbslosen früheren Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger einen besseren Zugang zu Jobvermittlung, Beratung und Weiterbildung. Insbesondere junge Menschen unter 25 Jahren haben einen Rechtsanspruch auf Hilfe bei der Orientierung, Berufsplanung und dem Finden eines Ausbildungsplatzes sowie für die Integration in Arbeit durch Vermittlung, Weiterbildung oder Praktika. Wir können und wollen es uns nicht leisten, dass junge Menschen ihr Erwachsenenleben mit dem Gefühl des „Nichtgebraucht-Werdens“ beginnen. DIE GRÜNEN im Landkreis Marburg-Biedenkopf haben sich dafür eingesetzt, dass die mit der Reform der Sozial- und Arbeitslosenhilfe eröffnete Möglichkeit genutzt wurde, außerhalb der bisherigen Form der Arbeitsvermittlung eine neue, wirkungsvollere Struktur zu schaffen. Für die auch in unserem Landkreis große Zahl von Erwerbslosen wurden inzwischen durch den dafür zuständigen grünen Dezernenten des Kreises effektivere und kommunal vernetzte Unterstützungsleistungen entwickelt. Wir haben diese Chance genutzt für eine zielgenauere und näher an den Bedürfnissen der Betroffenen orientierte Förderung und Unterstützung. Um diese an den Möglichkeiten der einzelnen Personen ausgerichtete Förderung zu sichern, setzen wir auch auf die Mitarbeit der in diesem Feld tätigen Beschäftigungsgesellschaften und anderer Freier Träger.

Für den Erfolg dieser neuen Förderstrukturen ist es von großer Bedeutung, dass die vielfältigen anderen kommunalen Aktivitäten in diese Aufgabe mit einbezogen werden. Insbesondere soll eine bessere Verzahnung mit der Wirtschaftsförderung, mit der Umweltpolitik, mit den anderen sozialen Aufgabengebieten des Kreises und seinen Städten und Gemeinden sowie mit den Schulen und Weiterbildungseinrichtungen stattfinden.

Für junge Menschen ohne Ausbildungs- und Arbeitsplatz ist es z. B. unabdingbar, neben der Suche nach weiteren Ausbildungsplätzen eine individuelle Förderung etwa hinsichtlich erkannter schulischer Defizite zu erhalten. Es reicht nicht, wenn ein Ausbildungsplatz für eine Jugendliche oder einen Jugendlichen gefunden wurde, aber nicht gleichzeitig sichergestellt ist, dass er oder sie in der Lage ist, ihre oder seine Ausbildung erfolgreich abzuschließen und damit für eine längerfristige Arbeitsperspektive gerüstet zu sein. Das heißt: Hier fehlen nicht nur Ausbildungsplätze – es sind zudem weitergehende Strukturreformen dringend erforderlich, bspw. in Schulen, Ausbildungszentren, bei der Erschließung moderner Berufsbilder und der Schaffung von Strukturen lebenslanger Weiterbildung.

Ähnliches gilt für Frauen, die nach Erziehungszeiten wieder in das Berufsleben einsteigen wollen und müssen: Auch hier sind besondere Angebote zu entwickeln, die den Wiedereinstieg in den Beruf nachhaltig werden lassen.

Im Landkreis Marburg-Biedenkopf müssen wir verhindern, dass

- immer mehr Menschen immer länger arbeitslos sind und damit ein Wiedereinstieg fast aussichtslos wird,
 - die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen zunimmt,
 - Frauen durch den Druck der Arbeitslosigkeit wieder in die klassische nicht erwerbstätige und damit ökonomisch abhängige Rolle gedrängt werden,
 - die hohe Arbeitslosigkeit Tür und Tor öffnet für Lohndumping und die Abschaffung von ArbeitnehmerInnenrechten.
-

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit und die Vermittlung in Ausbildung sind daher herausragende Ziele der Politik von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Durch die neuen Rahmenbedingungen ergeben sich Chancen, die der Landkreis gemeinsam mit allen Partnern der Region nutzen muss.

Unsere Vorhaben und Ziele:

- Die Förderung und Unterstützung müssen im Vordergrund der Bemühungen stehen. Nur so können wir Perspektiven für Menschen, die langfristig arbeitslos sind, bieten.
- Die Maßnahmen zur Unterstützung müssen auf die individuelle Verbesserung der Arbeits- und Lebensperspektiven abzielen. Ziel muss eine bedarfsgerechte Förderqualität für jede/n KundIn des Kreisjobcenters sein.
- Ein Schwerpunkt unserer Arbeit muss die Lösung des Problems sein, mehr als 1000 Jugendlichen – nicht nur SGB-II-KundInnen – eine Chance auf Ausbildung und Beschäftigung zu gewähren. Sie alle stecken in Warteschleifen, haben schlechte schulische Leistungen oder sind sozial in sehr schwierigen Situationen. Wir wollen die Unterstützungsleistung als Kernelement des Kreisjobcenters verstärken und die Zusammenarbeit mit Schulen, Beratungsstellen, Freien Trägern und gemeindlichen Jugendpflegen intensivieren. Mit der Agentur für Arbeit sollte weiterhin eine gemeinsame Kooperationsebene angestrebt werden, auch wenn die Geschäftsführung dies zur Zeit ablehnt.
- Im Kreisjobcenter ist konsequent auf Gender-Aspekte zu achten. Für Frauen und Männer sind daher adäquate Angebote zu entwickeln. Insbesondere für Männer sind auch Teilzeitangebote, Job-Sharing-Modelle vorzuschlagen, damit auch Männern die Möglichkeit eingeräumt wird, die Aufgabe der Kinderbetreuung wahrzunehmen.
- Mit den Beschäftigungsträgern und den Beratungsstellen im Landkreis und der Stadt Marburg sind intensive Verbindungen zu knüpfen. Dies trägt nicht nur zu einer Verbesserung der Qualität der Arbeit des Kreisjobcenters bei, sondern hilft auch ein gutes Niveau des Beratungs- und Förderangebotes zu erhalten, das in Folge der Kürzungen auf Landesebene stark gelitten hat.
- Die Zusammenarbeit mit den Schulen der Region im Übergang zur Ausbildung oder Beruf muss intensiviert werden.

Das Kreisjobcenter muss sich als Dienstleister für die Unternehmen der Region verstehen und seine Aktivitäten eng mit der Wirtschaftsförderung des Landkreises, aber auch der Städte und Gemeinden, koordinieren.

Generell teilen die Grünen die Kritik am SGB II dahingehend, dass gerade in der Frage nach Zumutbarkeit und Zuverdienstmöglichkeiten Verbesserungen im Sinne der Betroffenen erforderlich sind. In diesem Zusammenhang muss, wer arbeitslos wird und viele Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, auch länger als ein Jahr Leistungen erhalten können. Die Agenturen für Arbeit müssen zur Zeit für jede Person, die vom ALG I nach einem Jahr ins ALG II wechselt, 9500 € an den Bund abführen. Damit wird aus Geldern der Arbeitslosenversicherung der Bundeshaushalt saniert. Aus unserer Sicht sollte das Geld besser zur Verlängerung der Bezugszeiten und für echte Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen genutzt werden.

Wir Grüne kritisieren besonders die Anrechnung des PartnerInneneinkommens bei der Berechnung des Grundeinkommens, da die ökonomische Eigenständigkeit – in der Regel bei Frauen – massiv eingeschränkt wurde.

DIE GRÜNEN waren und sind der Auffassung, dass das Grundeinkommen auf einem zu niedrigen Niveau berechnet wurde.

Daher müssen, um soziale Härten bei der Umsetzung des SGB II möglichst weitgehend zu verhindern, alle gesetzlichen Möglichkeiten zugunsten der Betroffenen ausgeschöpft werden:

- Dem Jobcenter müssen hinreichende Mittel für seine Förderaufgaben zur Verfügung stehen.
- Bei der Frage der Zumutbarkeit und der Zuverdienstmöglichkeiten muss die individuelle Situation eine stärkere Berücksichtigung finden. Wer erwerbslos wird und viele Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, muss auch länger als ein Jahr Leistungen erhalten können.
- Die Schnittstellenprobleme zwischen ALG I und ALG II müssen beseitigt werden.

Von den Grünen stammt die Idee, dass es auch bei uns einen Beirat gibt, der Ombudsfunktionen hat, der die Umsetzung des SGB II begleitet und damit einen Beitrag gegen missbräuchliche Einsätze von Erwerbslosen und problematische Entscheidungen leistet.

Grundsätzlich brauchen wir eine Entlastung des Faktors Arbeit von Kosten für Sozialleistungen und gleichzeitig eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung. Wir brauchen einen massiven Ausbau zukunftsorientierter Märkte wie z. B. den der neuen Technologien im Bereich der Energieerzeugung und den intelligenter Dienstleistungen. Um auch langfristig bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit erfolgreich zu sein, benötigen wir aber auch bessere Bildungschancen für unsere Kinder durch ein gut gefächertes und breit ausdifferenziertes ganzheitliches Bildungsangebot für alle. Wir wissen: Deutschland ist ein ressourcenarmes Land; unser Potential sind bildungsorientierte Kinder.

Kinder und Jugendliche brauchen Chancen und ein gutes Lebensumfeld

Kinder sind die Zukunft. Dies wird in unserer Gesellschaft zu wenig beherzigt. Der Landkreis Marburg-Biedenkopf bietet – auch durch das grüne Engagement – gute Lebensbedingungen und zahlreiche unterstützende Hilfen. Gleichzeitig gibt es viele Kinder und Jugendliche, die wenig Chancen für ihr weiteres Leben erhalten und die kein gutes Lebensumfeld haben. Außerdem gibt es noch vieles zu verbessern, um junge Leute auf ihrem Weg zu einem selbständigen, selbstbewussten und verantwortungsvollen Leben zu stärken.

Zu einem besseren Lebensumfeld für Kinder gehört die Gesundheitsförderung. Die dramatische Zunahme von übergewichtigen Kindern ist ein Alarmsignal. Gesunde Ernährung und ausreichende Bewegung müssen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen werden. Vor allem die Schulen müssen hier stärker als bisher Verantwortung übernehmen.

Wir wollen die Bedingungen für Kinder und Jugendliche im Landkreis deutlich verbessern und setzen dabei neben Bildung, Betreuung und Schule (siehe den folgenden Abschnitt) auf folgende Ansätze:

- Die Selbstorganisation von Kindern und Jugendlichen bezüglich ihrer Freizeitgestaltung und außerschulischen Aktivitäten wollen wir durch die Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten unterstützen. Junge Leute sollen stärker ihre Lebenskontexte mitentwickeln und mitgestalten können.
- Die Arbeit des Kreisjugendparlaments sehen wir als weiteren wichtigen Ansatz, um Jugendlichen mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu geben. In Zukunft wollen wir die Jugendlichen dabei unterstützen, verstärkt vor Ort tätig zu werden. Das KJP soll dazu in die Lage versetzt werden, regelmäßig regionale Konferenzen zu gestalten.

- Die Mobilität von Jugendlichen soll weiter verbessert werden durch den weiteren Ausbau des Fifty-Fifty-Taxis, die Angebote im ÖPNV und insbesondere durch Anruf-Sammel-Taxis bis um Mitternacht und am Wochenende.
- Durch die Unterstützung von Bündnissen für Eltern und Kinder wollen wir die Vielfalt von Lebensumfeldverbesserung fördern. Zielgruppe sind auch Alleinerziehende und Migrantinnen und Migranten.
- In Schulen soll Essen, das als Massenware unter zweifelhaften Bedingungen produziert wird, künftig keine Chance mehr haben. Es sollen flächendeckend ausschließlich Produkte aus ökologischem Landbau und aus (nachweisbarer und belegbarer) regionaler Erzeugung Verwendung finden. Dabei wollen wir uns der Unterstützung des Gesundheitsamtes versichern.
- Frühe Förderung und Unterstützung von Kindern und die Stärkung der Erziehungskompetenz der Familien soll durch niedrigschwellige und aufsuchende Angebote der Erziehungsberatung, Ausbau des Konzeptes der aufsuchenden Elternschule, Verstärkung der Frühförderarbeit sowie Erweiterung des Modellprojekts Integration in Dautphetal und Gladenbach verbessert werden. Gerade die Unterstützung benachteiligter Kinder, wozu häufig Kinder mit Migrationshintergrund oder Entwicklungsverzögerungen zählen, ist eine vordringliche Aufgaben. Hierfür müssen vorhandene Ressourcen ergänzt und weiter optimiert werden. Für Eltern soll ein umfassendes Angebot an Erziehungskompetenzschulung aufgebaut werden. U. a. sind dabei Ansätze wie die Programme "Starke Eltern, starke Kinder" oder „Mittendrin“ direkt zu fördern.
- In der Jugendhilfe geht es vor allem darum, mehr im Vorsorgebereich zu tun. Dies wollen wir ausbauen, indem Ressourcen der "nachsorgenden" Jugendhilfe umgeleitet werden.
- Wir wollen die soziale Integration als wichtigstes Mittel zur Gewalt- und Kriminalprävention fördern. Dazu brauchen wir eine "Kultur des Hinsehens", damit nicht erst dann reagiert wird, wenn Zustände sich drastisch verschlechtert haben. Der gemeinsame Präventionsrat in Stadt und Landkreis muss auf bewährte Strukturen (wie z. B. Suchtprävention, Jugendhilfe, Jugendstraffälligenhilfe, Schulprojekte, Busschule) zurückgreifen, um die vorhandenen Möglichkeiten einer Prävention in diesem Bereich voll zu nutzen.
- In der Jugendgerichtshilfe sind die sozialpädagogische Betreuung jugendlicher Straftäter (Ableistung von Arbeitsstunden etc.) und der Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) weiter zu fördern, wobei wir auch auf die Einsicht in der hessischen Justiz setzen, dass diese Instrumente Kosten im Justizsystem sparen und daher auch von dort gefördert werden müssten.
- Beim Übergang in Ausbildung und Beruf müssen wir die Aktivitäten von Schulen, Agenturen für Arbeit, Kreisjobcenter, Freien Trägern und Jugendhilfe optimieren. Dies soll in enger Zusammenarbeit mit der Jugendberufshilfe der Stadt Marburg und des Landkreises Marburg-Biedenkopf sowie den anerkannten Trägern der Jugendbildungsarbeit umgesetzt werden.

Soziale Innovationen eröffnen Chancen

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf zeichnet sich durch hohes soziales Engagement, eine Vielfalt sozialer Strukturen und innovative, wegweisende Neuerungen im Sozialbereich aus. In den letzten vier Jahren sind unter grüner Verantwortung zahlreiche Weichen gestellt und Projekte auf den Weg gebracht worden. Ohne Vollständigkeit sei hier auf das Persönliche Budget für Menschen mit Behinderung, die Beschwerdestelle Altenpflege, die Tätigkeit des Büros für Integration, das Projekt Aufsuchende Elternschule für Zuwanderer-Familien und die Sozialberatung für MigrantInnen in Stadtallendorf verwiesen.

Integrationspolitik wird unter grüner Beteiligung ernst genommen Handeln - nicht nur Reden

Zur Verbesserung der Bildungs- und Zukunftschancen von Kindern zugewanderter Familien hat der Landkreis Marburg-Biedenkopf gemeinsam mit drei europäischen Partnern das Projekt Aufsuchende Elternschule für zugewanderte Familien entwickelt und nach erfolgter Beantragung nunmehr eine Förderzusage der Europäischen Union erhalten. Mit der aufsuchenden Elternschule sollen junge zugewanderte Eltern bei der Erziehung und Förderung ihrer zwei- bis fünfjährigen Kinder unterstützt werden. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der Sprachentwicklung (Muttersprache und Zweitsprache). Die Hilfestellung erfolgt hauptsächlich individuell bei den Familien zu Haus durch zweisprachige Anleitung von Fachkräften und in parallelen Mutter-Kind-Gruppen.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Marburg-Biedenkopf werden sich in der nächsten Wahlperiode dafür einsetzen, solche Projekte parallel zur Schwerpunktsetzung gleichberechtigter Chancen für Migrationskinder in der Ausbildung weiter zu entwickeln.

Integration ist keine Einbahnstraße

Im Landkreis leben viele tausende Migrantinnen und Migranten. Sie sind ein Teil unserer Gesellschaft und stehen doch immer noch am Rande. Integration wird allzu häufig als Einbahnstraße definiert. Die Debatte um eine Leitkultur und die Forderung nach Anpassung an "unsere" Gesellschaft statt Verständnis für eine gemeinsame Gesellschaft zeigen dies deutlich. Wir treten dagegen für einen erweiterten Begriff von Integration ein, der ein Zusammenwachsen, aber auch eine Vielfalt von Lebensmöglichkeiten als Ziel hat. Damit reden wir nicht einer heilen Welt. Die sozialen Probleme müssen angegangen werden und dabei haben alle ihre Pflichten zu erfüllen. Den Förder- und Unterstützungsangeboten müssen Bemühungen der Familien, aber auch der Vereine und Selbsthilfeorganisationen der Migrantinnen und Migranten, gegenüber stehen.

Wir wollen

- die Ansätze aufsuchender Elternarbeit verstärken, damit Kinder von Migrantinnen und Migranten bessere Chancen erhalten. Insbesondere sollen Frauen und Eltern von Migrationsfamilien in der Entwicklung der Sprachkompetenz gefördert werden. Sprachvermögen ist die Schlüsselqualifikation der sozialen Integrationsbereitschaft und Integrationsfähigkeit.
- das Hausaufgabenbetreuungs-Angebot für Zugewanderte an den Grundschulen des Landkreises weiter fördern und ausbauen, die Sozialberatung in Stadtlendorf weiter fördern und die Selbsthilfepotenziale der Migrantinnen und Migranten stärken,
- in den Verwaltungen mehr Bewusstsein erzeugen, sich auf Migrantinnen und Migranten als KundInnen einzustellen,
- Ansätze der kultursensiblen Altenhilfe fördern,
- die Koordination von Integrationsbemühungen durch die Integrationskonferenz für Stadt und Landkreis fortführen,
- die Debatte um Integration stärker ins öffentliche Bewusstsein bringen,
- das Büro für Integration als Anlaufstelle und Koordinationsstelle für den gesamten Landkreis profilieren.

Ein Personenkreis mit besonderem Schutzbedürfnis sind Flüchtlinge im ungesicherten Aufenthaltsstatus der Duldung. Wir fordern, dass diese Flüchtlinge nicht abgeschoben werden, soweit sie über Wohnung und Arbeitsplatz verfügen und nicht straffällig geworden sind. Die derzeitige Abschiebepaxis lehnen wir ab (so z. B. im Fall der Familie Golubovic aus Lohra).

Mehr Selbstbestimmung und bedarfsorientierte Hilfen für Menschen mit Behinderung

Für Menschen mit Behinderung wollen wir die Chancen auf ein möglichst selbständiges und unabhängiges Leben verbessern und mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben organisieren.

Auf Ebene des Landkreises sind dazu einige Weiterentwicklungen zu verfolgen.

Wir wollen

- die Selbsthilfemöglichkeiten stärken. Der Landkreis soll zur Förderung Mittel aus dem Bereich der Kommunalisierung der Landesmittel zur Verfügung stellen und mit dieser Stelle eines Beauftragten für Menschen mit Behinderungen einrichten. Der/die Beauftragte soll durch eine Geschäftsstellenfunktion in der Verwaltung unterstützt werden. Die/der Beauftragte soll auch in die Lage versetzt werden, Kommunen bei der Planung von barrierefreien Zugängen zu beraten. Das derzeit als Modellprojekt erprobte Konzept des persönlichen Budgets soll für alle berechtigten Personen möglich sein und vor allem auch Leistungen der Pflegeversicherung umfassen können. Wir wollen die "Verbraucherberatung" für Menschen mit Behinderung fördern, damit das persönliche Budget gut zu organisieren ist. Wesentliche Voraussetzung ist hierbei ist eine ausreichende finanzielle Ausstattung.
- Bei der Mobilität brauchen wir zukünftig gerade im Landkreis verbesserte Informationen zur Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs und vor allem auch eine ausreichende individuelle Unterstützung auf Grundlage der Eingliederungshilfe.
- Um ambulante Arrangements für Menschen mit Behinderung zu fördern, wollen wir Konzepte des Wohnens im Übergang fördern. Wenn Menschen kurzfristig umfassende Hilfe benötigen, darf dies nicht aus pragmatischen Gründen dazu führen, dass nur ein stationäres Angebot oder gar eine Unterbringung in einem Pflegeheim bleibt, obwohl dies gar nicht benötigt wird.
- Fehlplatzierungen müssen künftig generell vermieden werden. Der Landkreis muss dazu gemeinsam mit dem LWV und den Anbietern eine enge Zusammenarbeit pflegen.
- Die sog. Belegungskonferenzen müssen zu Angebotsplanungskonferenzen weiterentwickelt werden.
- Der Landkreis soll sich bei der Diskussion um die Zukunft der Eingliederungshilfe dafür einsetzen, dass Zuständigkeiten in der Eingliederungshilfe vereinheitlicht werden und eine lokal orientierte Planung und Abstimmung erfolgt. Außerdem müssen künftig auch Mittel, die bisher im stationären Bereich ausgegeben wurden, in die Stärkung von Selbsthilfe, nebenamtlicher und ehrenamtlicher Hilfestrukturen umgelenkt werden. Hier reichen schon kleine Beträge aus, um große Wirkungen zu erzielen.

Unterstützung älterer Bürgerinnen und Bürger

Die Situation der Älteren hat sich in vielfacher Weise in den letzten Jahren verändert. Die Menschen werden älter, sie sind länger gesund, gestalten aktiv ihr Leben, leisten einen erheblichen finanziellen und praktischen Unterstützungsbeitrag für ihre Familien und engagieren sich für andere. Der Anteil ärmerer alter Menschen ist geringer und sie sind in wachsendem Umfang interessiert an einem selbstbestimmten Leben nach dem Beruf. Dies macht, neben den nach wie vor erforderlichen stationären und ambulanten Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen, neue Unterstützungsformen erforderlich.

Wir wollen:

- Zur Deckung des großen Bedarfs an Informationen und Beratung soll der Landkreis ein Beratungszentrum gemeinsam mit der Stadt Marburg realisieren, in die die Anbieter und Beratungsstellen eingebunden sind.
- Die Beschwerdestelle Altenpflege soll weiter in ihrer Arbeit unterstützt werden.
- In der Pflege von demenzerkrankten Menschen müssen wir die Hilfen für pflegende Angehörige weiter ausbauen und neue Wohnformen, wie z. B. Hausgemeinschaften, verstärkt fördern.
- Vermieden werden muss, dass künftig stationäre Einrichtungen geplant und realisiert werden, die nicht mehr modernen Konzepten einer guten menschengerechten Pflege entsprechen.
- Wir wollen die Ansätze einer kultursensiblen Pflege fördern, da gerade die Gruppe älterer Migrantinnen und Migranten bei der Stabilisierung familiärer Arrangements gestützt werden sollte.
- Lange Eigenständigkeit reduziert das Risiko der Pflegebedürftigkeit. Deshalb sind Bedingungen zu fördern, die ein langes autonomes und selbständiges Leben ermöglichen, wie z. B. die Teilnahme an Bildungsmöglichkeiten, Bewegungsfreude und Mobilität, Entwicklung nachbarschaftlicher Hilfe (evtl. nach dem Genossenschaftsprinzip) und Entlastung pflegender Angehöriger (besonders, wenn sie der gleichen Generation wie die zu pflegenden Personen angehören).
- Aktivierung von Menschen in der nachberuflichen Phase, ihre Kompetenzen in sozialen, kulturellen, politischen und anderen gesellschaftlichen Aufgabenfeldern bereit zu stellen, z. B. durch Mithilfe der Marburger Freiwilligenagentur. Dazu gehört auch die Anerkennungskultur für die freiwilligen Leistungen auszubauen.

Bürgerschaftliches Engagement fördern und für den sozialen Bereich begeistern

Demokratie lebt vom Mitmachen. Im Landkreis Marburg-Biedenkopf gibt es vielfältigste Formen ehrenamtlichen Engagements. Gerade im sozialen Bereich wollen sich viele Menschen engagieren. Wir wollen dies fördern und stärken. Es geht dabei nicht darum professionelle Unterstützung zu ersetzen, sondern die professionellen Strukturen zu ergänzen.

Wir wollen

- Die ehrenamtlichen Strukturen in den Betreuungsvereinen soll der Landkreis weiterhin auf hohem Niveau fördern. Die Betreuungsstelle beim Fachbereich Gesundheit muss personell ausreichend ausgestattet sein.

- In der Behindertenhilfe und in der Altenhilfe gilt es weiteres Engagement zu erschließen. Die Arbeit der Alzheimer-Gesellschaft und des Diakonischen Werkes zur Unterstützung von pflegenden Angehörigen soll weiter gefördert werden. Weitere Potentiale geweckt sind zu erschließen.
- Der Landkreis soll die Freiwilligenagentur beauftragen, weitere Möglichkeiten der Engagementförderung aufzubauen und dabei finanziell unterstützen.
- Die ersten Ansätze in der Engagementförderung an Schulen sollen weiterentwickelt werden.
- Die Tagungszeiten von Kreistag, Kreisausschuss und Ausschüssen sollen in den Nachmittag verlegt werden, so dass Erwerbstätige nicht aufgrund ihrer Arbeitszeiten von der Ausübung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit ausgeschlossen sind.

Verkehr und Mobilität

Mobilität ist ein Grundbedürfnis. Die Verkehrspolitik früherer Generationen hat dazu geführt, dass ländliche Gebiete noch immer auf den Individualverkehr angewiesen sind. Vor dem Hintergrund der globalen Klimaerwärmung sowie von Abgas- und Lärmbelastung müssen den Bürgerinnen und Bürgern verstärkt Angebote unterbreitet werden, auf das Auto zu verzichten und moderne und ökologische Alternativen in Anspruch zu nehmen. Der ungebrochene Drang zum Ausbau des Straßennetzes in den Städten und Gemeinden ist kein Ausweg, sondern eine Falle.

Die Unentbehrlichkeit des motorisierten Verkehrs ist unbestritten, aber seine rapide Zunahme hat in den Orten zu beängstigenden Zuständen geführt. Ein Auto verbraucht an Straßen und Parkflächen im Durchschnitt 50 qm öffentlichen Raum. Die Städte und Gemeinden können diesen ständig zunehmenden Platzbedarf des Verkehrs aber meist nicht mehr befriedigen. Autoverkehr als beherrschende Mobilität kann allein aus Platzgründen nicht länger aufrecht erhalten werden. Die Wiedergewinnung des innerörtlichen Raumes durch Reduzierung des Verkehrs und seiner Folgeerscheinungen ist als einmalige Chance zu sehen.

Eine ständige Ausweisung neuer Baugebiete statt Renovierung bestehender Häuser und der Schließung von Baulücken führt langfristig zu einer weiteren Verödung vieler Ortskerne im ländlichen Raum. Wir müssen wieder kurze Wege anstreben, die auch zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt werden können. Das Automobil erscheint vielen als außerordentlich bequemes Fortbewegungsmittel. Doch aufgrund des enormen Platzbedarfs, des Gefährdungspotenzials für andere und schädlicher Emissionen wie zum Beispiel Lärm und Abgase verdrängt das Auto jede andere Aktivität von der Straße. Als geparkte Autos bedrängen sie selbst noch den Verkehr. Viele Kinder legen ihren täglichen Weg in die Schule bzw. in den Kindergarten mittlerweile gar nicht mehr zu Fuß zurück. Wir wollen alle Aktivitäten – wie z. B. den "I walk to school day" – unterstützen, die helfen, dass Kinder sich wieder mehr zu Fuß im öffentlichen Raum bewegen.

Wir haben die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten:

Eine angemessene Mobilität kann nur funktionieren, wenn wir uns auf Methoden einigen, die den Verkehr auf ein verträgliches Maß reduzieren und seine nachteiligen Folgen, wie Lärmbelastung und Unfallgefahr, Flächenverbrauch etc. minimieren.

Moderne Mobilitätskonzepte zielen darauf, mit sehr viel weniger Autos, aber sehr viel mehr öffentlichem Verkehr mehr Effizienz, Rationalität, und eine bessere Mobilität zu erreichen und dabei weniger Schaden anzurichten. Die herrschende Dominanz des MIV wird durch ein Verkehrssystem ersetzt, das den Mobilitätsbedürfnissen und den verfügbaren Ressourcen von Raum und Energie besser angepasst ist. Somit ist die ökologische Verkehrswende kein Immobilitäts- und Armutmodell durch staatlich verordneten Autoverzicht, sondern ein Mobili-

täts- und Fortschrittsmodell durch intelligente Verkehrsorganisation und moderne Verkehrsinvestition.

Wir haben in der Vergangenheit bereits einiges erreicht, denn auch in der Entwicklung des Verkehrs im Landkreis Marburg-Biedenkopf hat sich die Beteiligung von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN an der Kreisregierung positiv ausgewirkt:

- Mit dem unter grüner Verantwortung erarbeiteten Nahverkehrsplan ist die Grundlage für einen integrierten Taktverkehr, eine Mindestversorgung im Zwei-Stunden-Takt in allen Teilen des Landkreises und ein Angebot auch abends und an Wochenenden geschaffen worden (zum Teil als Anrufvariante).
- Durch die von uns schon lange geforderte Vergabe von Verkehrsleistungen im Wettbewerb wird dieses wegweisende Konzept bereits zum Fahrplanwechsel 2005/06 im halben Kreisgebiet umgesetzt. Hierdurch wird mehr Verkehrsleistung zu günstigeren Preisen realisiert.
- Daneben sind vorbildliche Projekte realisiert, wie z. B. das Fifty-Fifty-Taxi, das Jugendlichen abends kostengünstige und sichere Mobilität ermöglicht. Die Begleitung der Schülerbusse wird in die Schule als integriertes Konzept verwirklicht.
- Der Haltepunkt Biedenkopf Schulzentrum wurde endlich realisiert.
- Die Haltestellen wurden modernisiert. Buswartehallen wurden vielerorts erneuert. Dennoch wird hier ein weiterer Bedarf – insbesondere bei Schulen – gesehen.

Mit diesen Erfolgen setzen wir uns positiv von den anderen Parteien ab, deren Verkehrspolitik immer noch einseitig auf Auto und Straßenbau setzt. Herausragendes Beispiel dieser verfehlten Politik ist ihr Festhalten am völlig überflüssigen und umweltschädlichen Bau der A 49. Wir fordern seit Jahren integrierte Verkehrskonzepte statt immer mehr Beton. Nachdem sich der Kammolch vor einiger Zeit als verkehrspolitisch intelligenter erwiesen hat als viele unserer heimischen PolitikerInnen, ist die Einsicht in der Unnötigkeit des Projektes immer noch nicht gewachsen. Auch die zur Zeit diskutierten Trassenvarianten lehnen wir weiterhin ab.

Dies gilt auch für den Bau des möglichen anderen Großprojektes – der A 4. Sie ist verkehrlich nicht erforderlich, finanziell unrealistisch und ökologisch unverantwortlich. Das haben mittlerweile auch einige der Protagonisten begriffen und wollen jetzt statt dessen eine (dreis- bis vierspurige) Bundesstraße ohne Kreuzungen, Ampeln und langsamere Fahrzeuge – dies ändert jedoch in nichts die Unnötigkeit des Projektes.

Unsere Vorhaben und Ziele:

- Der Öffentliche Personennahverkehr muss weiter zügig ausgebaut werden. Dazu wollen wir die durch die Vergabe von Verkehrsleistungen im Wettbewerb erwirtschaftete Effizienzdividende einsetzen.
- Der Landkreis muss sich weiterhin dafür einsetzen, dass der Bau der S-Bahn-Gleise (drittes und viertes Gleis) auf der Main-Weser-Bahn realisiert wird, um die unerträgliche Situation für PendlerInnen nach Frankfurt endlich verbessern zu können.
- Die anderen Bahnstrecken im Kreis sollen erhalten und in ihrer Funktion gestärkt werden. Dazu soll sich der Landkreis an Investitionen für die Burgwald- und in die obere Lahntalbahn beteiligen.
- Qualität im öffentlichen Verkehr definiert sich von den NutzerInnen her. Wir wollen einen Fahrgastbeirat einrichten. In einem Modellprojekt zusammen mit dem RMV soll die Kompetenz der Fahrgäste als „Qualitätsscouts“ genutzt werden.

- Nach der Einführung des "Mittelhessenkonzeptes" auf der Main-Weser-Bahn im Jahre 2007 muss auch auf der Oberen Lahntalbahn ein durchgehender Stundentakt realisiert werden.
- Der am meisten frequentierte Bahnhof im Kreis ist der Marburger Hauptbahnhof. Wir fordern die Deutsche Bahn auf, den seit vielen Jahren versprochenen behindertengerechten Umbau endlich vorzunehmen.
- Die Einrichtung eines Mobilitätszentrums im Marburger Hauptbahnhof sollte gemeinsam mit dem RMV, der Stadt Marburg und dem Landkreis umgesetzt werden.
- Damit weitere Angebote im Bereich des sozialverträglichen Tourismus geschaffen werden können, ist die Verzahnung zwischen dem ÖPNV und dem Tourismusbereich verstärkt auszubauen.
- In den Sommermonaten sollten Möglichkeiten geschaffen werden, die Fahrradmitnahme auf der Oberen Lahntalbahn am Wochenende zu verbessern. Hier müssen Kapazitätsengpässe beim Bahnverkehr beseitigt werden.
- Analog der Fahrradmitnahme der Buslinie 407 (Herborn nach Bad Endbach), sollten auch die Linien 491 (Dillenburg-Biedenkopf) und 383 (Bad Endbach-Marburg) an den Wochenenden mit Fahrradanhängern ausgestattet werden.
- Für den Freizeitverkehr ist das Radwegenetz im Kreis in den vergangenen Jahren bereits gut ausgebaut worden. Wir setzen uns für nötige Lückenschlüsse ein, um das Fahrrad auch im Alltagsverkehr zu stärken, z. B. in Neustadt.
- Dort wo der Kreis als Straßenverkehrsbehörde die Möglichkeit hat, wollen wir Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in Ortsdurchfahrten verwirklichen.
- Wir fordern, sowohl die A 4 als auch die A 49 aus dem Bundesverkehrswegeplan zu streichen.

Umwelt und Energie – Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen

Zentrales Anliegen grüner Politik ist der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Hierzu müssen wirtschaftliche Entwicklung und soziale Sicherheit künftig verstärkt mit dem Schutz der Umwelt in Einklang gebracht werden.

Umweltschutz ist für uns untrennbar mit den Bereichen Verkehr, Energie, Abfall, Land- und Forstwirtschaft, Gewerbe und Industrie verknüpft. Wir müssen deshalb bei Bauleitplanungen, Siedlungsgestaltung, bei Verkehrserschließung und bei der Gestaltung öffentlicher Flächen die Schutzerfordernisse der Umwelt berücksichtigen. Auch ist die Berücksichtigung von ökologischen Grundlagen bei ökonomischen Planungen von elementarer Bedeutung.

Wasser

Wasser ist unser Lebensmittel Nummer eins. Wir Grüne sind deshalb gegen die Privatisierung der Wasserversorgung. Trinkwasser ist kein Wirtschaftsgut, das nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen der Gewinnmaximierung gehandelt werden darf.

Wir Grüne setzen uns auch in Zukunft dafür ein, dass Grundwasser in ökologisch verträglicher Weise gefördert wird und in guter Qualität sowie ausreichendem Maße für die Ortsnahe Versorgung der Marburger Bürger und Bürgerinnen zur Verfügung steht. Dies setzt eine sparsame Verwendung der Grundwasserressourcen voraus und die stetige Erneuerung der städtischen Leitungssysteme um Leitungsverluste zu vermeiden, die Wassersparberatung

für private Haushalte, der Einbau von Wassersparsystemen in öffentlichen Gebäuden sowie Regenwassernutzung für Brauchwassersysteme und Gartenbewässerung.

Energie

Wenn Marburg-Biedenkopf sich als Innovationsmotor der Region Mittelhessen begreift, können vor allem bei den regenerativen Energien neue wirtschaftliche Potentiale erschlossen und vorhandene Standortfaktoren, wie z. B. im Bereich der Solarenergie und Biomasse erfolgreich ausgebaut werden.

Energiesparen ist nach wie vor die beste Art, sinnvoll mit Energiereserven umzugehen. Das größte Sparpotenzial liegt in der Modernisierung und Sanierung von Altbauten. Doch auch bei Neubauten lässt sich problemlos Energie sparen: Passiv- und Plusenergiehäuser zeigen, dass modernste Gebäudetechnik erfolgreich eingesetzt werden kann und von den Bürgern angenommen wird.

Für alle Neubauten des Landkreises und seiner Unternehmen soll künftig der Passivhausstandard gelten. So kann Marburg-Biedenkopf sich auch zukünftig erfolgreich als Vorreiter innovativer Klimaschutzmaßnahmen profilieren.

Öffentliche Einrichtungen sollten künftig grundsätzlich auf Stand-by-Geräte verzichten. Außerdem fordern wir eine Informationskampagne zur Sensibilisierung der Bürger und Bürgerinnen. Weitere Maßnahmen wie etwa die Umrüstung auf effizientere Formen der Straßenbeleuchtung und eine Strom sparende Ampeltechnik sind nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll.

Obwohl die Kohleförderung nach wie vor sechs mal höher gefördert wird als die Windkraft, obwohl sechs der zehn dreckigsten Kohlekraftwerke Europas in Deutschland stehen, obwohl die Umwelt verpestet und unwiederbringliche Rohstoffe vernichtet werden, wird der Ausbau der Windenergie durch übermäßige Bürokratie behindert. Windkraft ist heute neben Wasserkraft nicht nur die wirtschaftlichste Energie, sie ist dies auch nachhaltig und bei sinkenden Preisen.

Strom und Wärme lassen sich aber auch besonders wirtschaftlich durch Kraft-Wärme-Kopplung erzeugen. Diese Technologie eignet sich auch gut für den Einsatz nachwachsender Rohstoffe, wie Biogas, Klärgas und Rapsöl und für kommunale Liegenschaften.

Um eine nachhaltige Energieerzeugung zu erreichen, wollen wir erreichen, dass die Nutzung von Sonne oder Erdwärme nicht nur in Privathaushalten, sondern auch in Wirtschaftsbetrieben integraler Bestandteil der Gebäudetechnik wird. Die Installation einer Solaranlage muss für alle Neubauten und bei jeder größeren Umbaumaßnahme zum Standard werden.

Die BürgerInnen sollen zum Thema Energiepass umfassend informiert werden. Jetzt in Heizungsmodernisierungen und dabei in Erneuerbare Energien zu investieren, schafft und sichert Arbeitsplätze in der Region, stärkt die regionalen Wirtschaftskreisläufe und entlastet damit nachhaltig die Haushalte.

Naturschutz und Landwirtschaft

Die regelmäßig wiederkehrenden Lebensmittelskandale und Tierseuchen, wie z.B. verseuchte Futtermittel, Geflügelpest, BSE-Krise, Maul- und Klauenseuche und Antibiotika-Missbrauch in der Schweinezucht zeigen überdeutlich, dass die Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft und der Schutz der VerbraucherInnen zwei Seiten einer Medaille sind. DIE GRÜNEN haben damit begonnen umweltfreundliche Landwirtschaft, artgerechte Tierhaltung und regionale Verarbeitung zu unterstützen und dies zu einem Markenzeichen in der Landwirtschaft zu machen.

Zusätzliche Aufgaben entstehen zudem für die bäuerliche Landwirtschaft im aktiven Naturschutz, im Erhalt der landschaftlichen Kulturräume und in der Erzeugung nachwachsender Rohstoffe als Energieträger. Der steigende Bedarf an Rapsöl, Holzhackschnitzel und –pellets und Biomasse für Biogas stärkt die regionalen Erzeuger. Damit eröffnen sich neue Perspektiven für Arbeitsplätze und Einkommen in ländlichen Regionen sowie für einen besseren Umwelt- und Naturschutz.

Wir Grüne lehnen die Gentechnologie in der Landwirtschaft und bei der Lebensmittelproduktion ab. Durch eindeutige Kennzeichnungsregelungen bei Lebensmitteln wollen wir die Transparenz und die Sicherheit für die VerbraucherInnen verbessern. Auch auf lokaler Ebene wollen wir Erzeuger und Verarbeiter landwirtschaftlicher Produkte darin unterstützen, sich bewusst als Unternehmen mit regionalem und ökologischem Charakter zu präsentieren. Die wohlüberlegte Nutzung des Marktes vor der Haustür und die Festsetzung hoher Qualitätskriterien ist ein besseres und nachhaltigeres Marketingkonzept als billige Massenware europaweit zu produzieren.

Der Weg „Weg vom Öl“ hin zur Energie vor der Haustür und auf dem Acker, der in den letzten Jahren ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum zeigt, macht deutlich, dass Ökonomie und Ökologie keinen Widerspruch darstellen. Während von anderen Parteien immer wieder vermeintlich wirtschaftliche Notwendigkeiten gegen Natur- und Umweltschutz ins Feld geführt werden, zeigt dagegen das Wirtschaftswachstum in diesem Bereich, dass wir Zukunftssicherung betreiben durch eine nachhaltige Wirtschaftsförderung bei Bewahrung einer lebenswerten Umwelt.

Wir Grüne haben erreicht:

- Die Agentur Naturentwicklung ist ein bundesweit einmaliger interkommunaler Zusammenschluss. Ziel ist die verbesserte Planung und Umsetzung von Naturschutz- und Ausgleichsvorhaben. Über Flächenpools und Ökokonten können auch größere Flächen, bzw. zusammenhängende Biotope entwickelt werden.
- Auf Gebäuden des Landkreises wurden Photovoltaikanlagen installiert. In Neustadt wurde zur Energiegewinnung aus Biomasse eine Holz-Hackschnitzel-Anlage eingerichtet.
- Der Klima- und Umweltschutzpreis des Kreises wurde nach Jahren der Pause wiederbelebt und neu ausgerichtet. In 2004 sind Initiativen ausgezeichnet worden, die sich um die Verbreitung der Photovoltaik bemühen; 2005 ging es um Umweltbildung.
- Renaturierungen wie z. B. die der Breidensteiner Heide, des Arzbachs oder des Josbachs.

Unsere Vorhaben und Ziele:

- Neben der eigentlichen Landwirtschaft liegt auch in unserem ländlich strukturierten Kreis die Zukunft vieler LandwirtInnen in der Vermarktung von Biomasse als Energielieferant. Wir wollen diesen Weg durch die Einrichtung von Biomasse-Kraftwerken unterstützen.
- Der Kreis soll Möglichkeiten der Energieeinsparung in seinen Gebäuden auch mit Hilfe privater Partner (Contracting) konsequent nutzen.
- Soweit der Kreis selber dazu nicht in der Lage ist, soll er weiterhin kreiseigene Dach- oder Grundstücksflächen für Bürgerphotovoltaikanlagen zur Verfügung stellen.
- Wo dies landschaftsverträglich möglich ist, setzen wir uns für den weiteren Ausbau der Windenergie ein. Die Abwägung ökologischer Risiken (Gefährdung von Tieren, Lärmemissionen) sind dabei selbstverständlich.

- Der Kreis wird mit Hilfe seiner Fachabteilungen weiter für ein umweltschonendes Bauen werben. Neben Passivhäusern gehören hierzu auch Maßnahmen des geringen Flächenverbrauchs, der alternativen Energiegewinnung, der Entsiegelung usw.
- Über Heizungsmodernisierung, Energiepass und der Nutzung Erneuerbarer Energien sollen Stadt und Kreis verstärkt u. a. durch regelmäßig stattfindende Messen informieren.
- Zur Schonung der Trinkwasservorräte soll die Verwendung von Brauchwasser gefördert werden.
- Nachwachsende heimische statt endliche fossile Energieträger sollen so oft wie möglich zum Einsatz kommen.
- Mobilfunk-Sendemasten in, unmittelbar auf, oder in der Nähe von Schulen und Kindergärten soll der Kreis dort nicht zulassen, wo es in seiner Entscheidungskompetenz steht. Gleichzeitig soll der Kreis Schulkinder und Eltern über den richtigen Umgang mit Handys aufklären, damit unnötige Strahlenbelastung während der körperlichen Entwicklung vermieden wird.
- Das Sammeln von problematischen Abfällen muss für die Bürgerinnen und Bürger so unkompliziert wie möglich gestaltet werden, um zu verhindern, dass sie am Ende nicht doch irgendwo in der Restmülltonne landen. Das gilt sowohl für so genannten "Sonderabfall" als auch für die Elektro-Abfälle. Für letztere ist zwar laut Gesetz die Industrie zuständig, praktisch wird dies aber die Kommunen in der nächsten Zeit vor neue Aufgaben stellen. Hier müssen verbraucherfreundliche Lösungen gefunden werden.

Frauen und Männer

Nach wie vor ist eine eigenständige Politik, welche die Interessen von Frauen in den Fokus rückt, unverzichtbar. Zwar ist es in vielen Bereichen gelungen, Benachteiligung von Frauen abzubauen. Grüne PolitikerInnen haben hierzu auf allen Ebenen einen ganz erheblichen Beitrag geleistet. Dennoch sind wir von einer echten Chancengleichheit von Frauen und Männern noch weit entfernt. Dies lässt sich nicht nur anhand der Benachteiligung von Frauen mit Kindern erklären, auch wenn dies allzu oft als einziges Handlungsfeld von anderen Parteien definiert wird. Auch Frauen ohne Kinder sind Benachteiligungen bzw. diskriminierendem Verhalten und Strukturen ausgesetzt. Entsprechend verstehen wir unter Frauenpolitik nicht ausschließlich die Anstrengungen, die zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer noch nötig sind; hier aktiv zu sein war und ist für uns selbstverständlich.

Vielmehr ist Frauenpolitik für uns eine Querschnittsaufgabe, die partnerschaftlich von Frauen und Männern unserer Partei gemeinsam übernommen wird. Frauenpolitik setzt sich aus unserer Sicht aus zwei wesentlichen Bestandteilen zusammen, die sich gegenseitig ergänzen:

Zum einen setzen wir uns für die gezielte Förderung einzelner Frauen oder auch Frauengruppen ein. Zweitens werden wir auch weiter darauf drängen das Prinzip des Gender Mainstreaming durchgängig in Politik und Verwaltung anzuwenden.

Unsere Ziele

- Frauen und Kinder sind sehr viel häufiger als Männer Opfer von Gewalt. Dies trifft insbesondere auf sexualisierte Gewalt und häusliche Gewalt zu. Die gesellschaftliche Ächtung von Gewalt gegen Frauen und Kinder ist für ein grünes Politikverständnis selbstverständlich. DIE GRÜNEN unterstützen die Initiative der Frauenbeauftragten der Stadt Marburg und des Landkreises Marburg-Biedenkopf zur Einrichtung des "Runden Tisches – Keine Gewalt gegen Frauen und Kinder". Das von der rot-grünen Bundesregierung verabschiedete Gewaltschutzgesetz hat den misshandelten Frauen neue Chancen eröffnet, die weiter entwickelt und unterstützt werden müssen.

DIE GRÜNEN haben sich in den letzten Jahren sehr dafür eingesetzt, die entsprechenden präventiven, aktiven und reaktiven Hilfsangebot für Frauen, Mädchen und Jungen, die Opfer von Gewalt geworden sind, im Landkreis zu stärken. Dies war angesichts einer frauenfeindlichen Landespolitik, verbunden mit finanziellen Einbußen für diese Initiativen, nicht immer einfach. Es ist uns aber dennoch gelungen. Wir werden uns auch weiterhin mit aller Kraft und finanziellem Engagement dafür einsetzen, die Anti-Gewalt-Projekte im Landkreis weiterhin zu fördern.

Um Fraueninteressen planerisch effektiv zur Geltung kommen zu lassen, ist es notwendig, neue, innovative Beteiligungsformen in Planungsprozessen auszuprobieren. Es muss ermöglicht werden, dass sich Frauen in den unterschiedlichsten Lebenslagen vor Ort für ihre Belange selbst einsetzen können. Die Durchführung von Planungszellen oder Zukunftswerkstätten nur für Frauen sind hier mögliche Ansätze, die wir erproben wollen.

In Bezug auf eine zukunftsweisende Beschäftigungspolitik muss es in erster Linie darum gehen, die gesamte gesellschaftliche Arbeit gerechter zu verteilen, Frauenarbeit gerecht zu entlohnen und neue Konzepte der Arbeitsorganisation zu entwickeln, wobei auch den Bedürfnissen von Menschen mit Kindern entsprechend Rechnung zu tragen ist. Hierzu sind – wie bereits in der Vergangenheit - die berufliche Qualifizierung von Frauen und die Ausweitung von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder weiter zu fördern. In der Zukunft sollte aber noch mehr als bisher auf die Übernahme von Erziehungsarbeit durch Männer hingewirkt werden.

Im Landkreis besteht ein sehr aktives Unternehmerinnen-Netzwerk, das es auch weiterhin zu unterstützen gilt. Damit noch mehr Frauen den Weg in die Selbständigkeit wagen, sollen im Rahmen des Zentrums für Existenzgründungen verstärkt spezielle Angebote und eine besondere Unterstützung für Existenzgründerinnen entwickelt werden (Seminare für Existenzgründerinnen, eine motivierende Öffentlichkeitsarbeit oder durch eine gezielte Vergabe von Krediten an Frauen).

Vor allem am Abend und nachts erfahren Frauen öffentliche Räume oft als Angst-Räume. Die alltägliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen begrenzt ihre Mobilität und ihre Möglichkeit am öffentlichen Leben teilzunehmen. Der weitere Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs kommt in besonderem Maße auch den Bedürfnissen von Frauen entgegen. Wir werden uns im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür einsetzen, dass schlecht einsehbare Plätze und Wege ausreichend beleuchtet und Frauenparkplätze eingerichtet werden.

Die Herstellung gleicher Lebens- und Entwicklungschancen von Frauen und Männern ist ein wesentliches Kennzeichen der Qualitätssicherung öffentlichen Handelns. Das Handeln der Verwaltung hat unmittelbare Auswirkung auf die Lebenssituation von Frauen und Männern. Daher gehört die Aufgabe der Gleichstellung an den Ort der Handlung: also auch in die Verwaltung.

Dass diese Aufgabe wirksam wahrgenommen wird, sollte nach außen und nach innen sichtbar werden. Um zunächst das Problembewusstsein zu fördern, wurden in den letzten Jahren verschiedene Veranstaltungen und Qualifizierungsmaßnahmen (wie Vorträge zu Gender Budgeting, Gender Mainstreaming) organisiert. Dies war ein wichtiger Beitrag, um für geschlechtsspezifische Fragestellungen zu sensibilisieren. Dieser Weg muss konsequent weiter beschritten, die Instrumente weiterentwickelt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Landkreis nicht zuletzt in der Innenausrichtung, also für seine eigenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, im Sinne des Gender Mainstreaming tätig wird. Hierzu gehört eine entsprechende Personalentwicklungspolitik ebenso wie der kreative Einsatz familienfreundlicher Arbeitszeitregelungen, um hier nur zwei Beispiele zu nennen. Konsequent wäre es, wenn sich auch der Landkreis inzwischen weitverbreiteter Instrumente zur Beförderung eines solchen Prozesses (Total E-Quality, oder Audit Familie und Beruf der Hertie-Stiftung) bedienen würde. Wir werden uns dafür stark machen.

Darüber hinaus muss der Anteil von Frauen in der Verwaltung und den Gremien erhöht werden. Dabei geht es nicht nur um den zahlenmäßigen Anteil von Frauen, sondern auch um

die Bedeutung der Positionen. In den Gremien des Landkreises überwiegen immer noch die Männer, vor allem in Gremien wie dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Wirtschaftsförderbeirat, dem Verwaltungsrat der Sparkasse etc.. In diesen Gremien gibt es nur wenige bzw. gar keine Frauen, obwohl das Hessische Gleichberechtigungsgesetz fordert, dass mindestens die Hälfte aller Positionen von Frauen zu besetzen sind. Innerhalb der Verwaltung sind Frauen in den oberen Entgeltgruppen nach wie vor unterrepräsentiert. Durch den in der Vergangenheit eingeleiteten Prozess der Haushaltskonsolidierung und den damit verbundenen Stellenabbau konnte dieser Trend nicht nachhaltig korrigiert werden. Erfreulich ist der hohe Stellenanteil von Frauen bei dem neu gegründeten Kreisjobcenter. Dort zeigt sich, dass es sich bei dem Willen zur Umsetzung des Frauenförderplanes nicht nur um Lippenbekenntnisse handelt.

Das Hessische Gleichberechtigungsgesetz sollte über das Jahr 2006 hinaus bestehen. Sollte die Hessische Landesregierung das Gesetz nicht fortschreiben, so werden sich die Grünen dafür einsetzen, dass es in der Kreisverwaltung weiter angewendet wird. Aus diesem Grunde wurde bereits die Fortschreibung des Frauenförderplanes in Auftrag gegeben. Insbesondere durch die Kommunalisierung der Landesverwaltung werden etliche Synergieeffekte erwartet, so dass im Frauenförderplan sichergestellt werden soll, dass bei diesem Prozess Frauen ausreichend berücksichtigt werden.

Wir unterstützen die Forderung der Hessischen Frauenbeauftragten, das Hessische Gleichberechtigungsgesetz auf alle Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst auszuweiten, auch bei der Verlagerung von öffentlichen Aufgaben in private Gesellschaftsformen.

Dass in der Verwaltung weisungsunabhängige Frauenbeauftragte zu beschäftigen sind, sollte eigentlich selbstverständlich sein; in vielen Städten und Gemeinden wird diese Aufgabe aber immer noch vom Bürgermeister selbst wahrgenommen. Dies ist aus grüner Sicht unverständlich und sollte – auch vor Ort – weiter thematisiert werden.

Wirtschaft und Finanzen

Die Kernelemente einer nachhaltigen grünen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik sind: die Förderung zukunftsorientierter Branchen der Umwelt- und Gesundheitstechnologien, eine Politik, die sich der Geschlechtergerechtigkeit, Kinderfreundlichkeit und Transparenz verschreibt, und die Umsetzung intelligenter, passgenau zugeschnittener Maßnahmen statt überdimensionierter Großprojekte.

Damit die Gemeinden durch Investitionen ihrer Rolle als wichtiger Motor des regionalen Arbeitsmarktes und der regionalen Wirtschaft gerecht werden können, muss ihre finanzielle Ausstattung bundesweit verbessert und stabilisiert werden.

In den kommenden Jahren wird es unsere Aufgabe sein, den Arbeitsmarkt und die Wirtschaftskraft im Landkreis weiter auszubauen, innovative Ansätze vor allem auch im Bereich der Umweltechnologie und der Gesundheitstechnologie zu unterstützen und damit die weitere Entwicklung der Klinika positiv zu nutzen.

Auch Bildung und Wissenstransfer sind ein bedeutender Standortfaktor. Immer mehr Betriebe wollen ihren Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften lokal decken und möchten für die Familien ihrer Angestellten ein attraktives Lern- und Lebensumfeld. Qualifizierte Fort- und Weiterbildungsangebote ziehen engagierte ArbeitnehmerInnen genauso an wie gute Schulen junge Familien. Wir wollen, dass in den nächsten Jahren der Landkreis Schritt für Schritt alle seine Ausgaben unter die Lupe nimmt und standortbezogen sowie umweltfreundlich gestaltet.

Wir setzen uns für eine aktive und qualifizierte Mittelstandsförderung ein.

Auch der Dienstleistungssektor spielt eine wichtige ökonomische Rolle: So wurden von den neu geschaffenen Arbeitsplätzen die Mehrzahl in dienstleistungsorientierten Betrieben geschaffen.

Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik stellt sicher, dass Eltern genügend qualifizierte Kinderbetreuungseinrichtungen insbesondere auch in schulischen Bereich zur Verfügung stehen.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass Frauen bei der Arbeitssuche, am Arbeitsplatz, bei der Bezahlung, bei der Existenzgründung oder bei Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen nicht mehr Steine in den Weg gelegt werden als Männern. Wir treten für die Aufhebung der ökonomischen Benachteiligung von Frauen ein und unterstützen daher die Unternehmerinnennetzwerke. Wir setzen uns dafür ein, dass der Landkreis auch bei der Auftragsvergabe Betriebe mit innovativen Ansätzen zur Geschlechtergerechtigkeit bevorzugt berücksichtigt.

Das Ziel grüner Finanzpolitik ist ein ausgeglichener öffentlicher Haushalt, der nur über eine grundlegenden Reform der Kreis- und Gemeindefinanzen erreicht werden kann. Alle öffentlichen Haushalte, Finanzentscheidungen und jeder Einsatz von Ressourcen haben Einfluss auf den Stand des erreichten und die Chancen des beabsichtigten Ziels der Geschlechtergerechtigkeit. Das ist am negativen Beispiel der in den Hartz-Reformen festgelegten Mittel der Arbeitsmarktpolitik für viele sichtbar geworden, gilt aber ebenso in allen anderen Budgetbereichen. Gender Budgeting ist ein Instrument aktiver Überprüfung und Ausrichtung öffentlicher Haushalte zum Zweck der Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit. Geschlechtergerechtigkeit ist nicht nur ein grünes Ziel. Sie ist Kernkomponente der Menschenrechte. Längst sind alle Regierungen dazu verpflichtet sie herzustellen und zu garantieren. Um sie bis 2015 weltweit zu erreichen, wurde das Instrumentarium des Gender Budgeting vereinbart. Es fordert die Haushaltsaufstellung nach Kriterien der Geschlechtergerechtigkeit. Die heutigen Gerechtigkeitsfragen sind Verteilungsfragen. Betrachtet man/frau diese aus der Geschlechterperspektive, geraten dabei auch Fragen der Folgen der Privatisierung, Preisgestaltung und Nutzen öffentlicher Einrichtungen, sowie sämtliche anderen haushaltsrelevanten Fragen in den Blick.

DIE GRÜNEN setzen sich für einen geschlechtergerechten Haushalt im Landkreis Marburg-Biedenkopf ein.

In den vergangenen Jahren lag unsere Priorität deutlich in der Bemühung um Stabilisierung der Finanzen auf allen Ebenen, denn die Kosten des demografischen Wandels können nicht allein von den Kreisen, Städten und Gemeinden getragen werden.

Die Finanzkrise der Kommunen ist zugleich eine Krise der Demokratie. Für eine basisdemokratische Partei ist die kommunale Selbstverwaltung ein hoher Wert.

Die Finanzlage des Landkreises ist seit vielen Jahren durch ein ständig steigendes Defizit gekennzeichnet. Trotz strenger Ausgabendisziplin ist die Schuldenlast seitdem auf 66 Millionen Euro angewachsen. Und während die Kosten der Pflichtaufgaben kontinuierlich steigen, sind im Einnahmebereich keine nennenswerten Verbesserungen zu erwarten.

Roland Kochs „Rasenmäher-Prinzip“ zerstört die soziale und kulturelle Infrastruktur des Landkreises Marburg-Biedenkopf. So stehen den Beratungsstellen des Landkreises dank der „Operation Düstere Zukunft“ dem Landkreis statt 1,6 Millionen nur noch 500.000 Euro zur Verfügung. Dem Landkreis ist es nicht möglich die finanziellen Verluste der Einrichtungen auszugleichen. Dennoch ist es gelungen, fachlich sinnvolle Lösungen mitzuentwickeln um so das breite Angebot aufrecht erhalten zu können.

Um den nachfolgenden Generationen nicht noch mehr Schulden zu hinterlassen, muss die Haushaltskonsolidierung oberste Priorität haben. Eine nachhaltige Finanzpolitik bedeutet die Fortführung notwendiger Angebote, innovativer Projekte und zentraler sozialer Leistungen. So konnten die Grünen durch die Zustimmung zu dem Verkauf der Hälfte der EAM-Aktien mit zur Haushaltskonsolidierung beitragen.

DIE GRÜNEN haben mit der Einführung der Leistungsvereinbarungen zwischen Landkreis und freien sozialen Trägern gezeigt, dass sich hohe soziale Standards und finanzielle Konsolidierung nicht ausschließen.

Das größte Risiko für die Kommunalfinanzen ist die Arbeitslosigkeit. Die wichtigste Entscheidung der vergangenen Legislaturperiode war daher, die Betreuung der Langzeitarbeitslosen (Kreisjobcenter/Hartz IV) selbst in die Hand zu nehmen. Damit zeigen die Grünen den Willen zur Verantwortung.

Und auch alltägliche öffentliche Dienstleistungen können kostengünstig und trotzdem effizient angeboten werden, wenn die durchgeführten Verwaltungsreformen ständig weitergeführt werden.

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf ist nur so stark wie seine Städte und Gemeinden. Der Landkreis lebt entscheidend von der Kreisumlage, die er für die übergeordneten Aufgaben im Schul- und Sozialbereich, in der Raumplanung und im Umwelt- und Naturschutz benötigt. Die Kreisumlage dient der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung unverzichtbarer öffentlicher Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen.

Kultur im ländlichen Raum – Kulturelle Räume stärken

Das Kulturangebot im Landkreis Marburg-Biedenkopf wird im Wesentlichen getragen von der Vielfalt der kulturellen Institutionen, Initiativen, Vereine und Vereinigungen und ihren breit angelegten, unterschiedlichen Veranstaltungsangeboten. Ob Theater, Musik, Museen oder bildende Kunst – eine Fülle von Angeboten sind im Landkreis vorhanden und bilden eine reichhaltige kulturelle Infrastruktur als gesellschaftlicher Impuls und Lebenselixier. Wir Grüne unterstützen diese starke und vielfältige Kulturszene. Wir wollen ihre Freiräume verteidigen und ihre Rolle im öffentlichen Raum stärken.

Die Kulturschaffenden in diesen Einrichtungen und Initiativen fördern die Teilhabe der Menschen aller Altersgruppen und sozialer Gruppen am kulturellen Leben und sind damit die Leistungsträger einer unverzichtbaren kulturellen Basisarbeit im Landkreis. Ebenso wichtig und unverzichtbar sind die kreativen und engagierten Künstlerinnen und Künstler, die dem Publikum im ländlichen Raum vielfältige Impulse und Möglichkeiten zur Auseinandersetzung liefern. Grundlage aller Kulturentwicklung muss daher die Unterstützung dieser kulturellen Akteurinnen und Akteure sein, um sowohl Nachhaltigkeit als auch Kontinuität ihrer Arbeit sicherzustellen.

Trotz der bereits existierenden Kulturvielfalt darf sich die Kulturpolitik – im Besonderen bei der Kulturförderung – neuen Entwicklungen nicht verschließen. Offenheit und Innovationsfreude sind grundlegende Voraussetzungen einer zukunftssträchtigen Kulturpolitik. Kultur ist kein Konsumgut, daher sollte es darüber hinaus ein Hauptanliegen der Kulturpolitik sein, die Partizipationsmöglichkeiten aller Menschen zu gewährleisten. Dies verlangt auch eine soziale Preispolitik aller Kultureinrichtungen.

Kulturförderung

Kultur wird auch in Zukunft von der Förderung durch öffentliche Zuschüsse abhängig sein. Förderungswürdig sind prinzipiell alle Vereine, Institutionen, Initiativen, Künstlerinnen und Künstler, die Teilnahme und Teilhabe aller am kulturellen Leben im Landkreis ermöglichen. Den förderungswürdigen Kulturträgern soll im Rahmen der Möglichkeiten Planungssicherheit durch mittelfristige Vertragsabschlüsse über eine Grundförderung gewährleistet werden. Diese soll in Zukunft durch eine Projektförderung, die Mittel für kurzfristig anberaumte, ein-

maling stattfindende und insbesondere innovative Veranstaltungen bereitstellt, ergänzt werden. Weiterhin sollte der Landkreis einen Betrag für Ausfallbürgschaften zur Deckung von außerordentlichen Einnahmeausfällen von Veranstaltungen zur Verfügung stellen.

Förderschwerpunkte

Der Erhalt und die Sicherung des kulturellen Erbes hat den gleichen Stellenwert wie die Bestrebungen, innovative Ansätze im Landkreis zu stärken. Hierbei hat der Rückgriff auf bereits vorhandene, regionale Ressourcen Priorität. Für Schwerpunkte der Kulturförderung sollten Förderrichtlinien entwickelt werden, die sowohl transparent sind als auch auf einem breiten Konsens gründen.

Unsere Vorhaben und Ziele

- Der interkulturelle Dialog und der kulturelle Austausch soll gefördert werden.
- Gestärkt werden muss der Sektor "Neue Medien" z. B. durch Implementierung von DSL und W-LAN-Zugängen.
- Raum zur Begegnung Menschen unterschiedlichen Alters und sozialer Gruppen schaffen
- Für den Kulturbereich ist das Sponsoring der Wirtschaft ein Instrument, welches die von Land und Kommune bereitzustellende Finanzierung ergänzt. Es ermöglicht den Kulturträgern zusätzliche finanzielle oder personelle Mittel zu erschließen, durch die ihre Arbeit verbessert werden kann. Sponsoring stellt aber kein Instrument zur Lösung von Haushaltsproblemen dar. Es ist kein Ersatz für die staatliche Verantwortung im Kulturwesen, sondern kann diese nur ergänzen. Die Schaffung eines günstigen "Sponsoring-Klimas" durch Politik und Verwaltung sollte zur Erwirtschaftung zusätzlicher Geld- und Sachmittel für Kultur führen.
- Im Verhältnis von Kultur und Tourismus sollte die Förderung kulturell-touristischer Aktivitäten neben dem Handel, Hotelgewerbe und der Gastronomie auch der Einwohnerschaft und den Kulturschaffenden zugute kommen.
- Der Erhalt schützenswerter Bausubstanz und berechnigte Nutzungsinteressen sind abzuwägen, die begonnene Denkmaltopographie sollte fortgeführt werden.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Kreistag Marburg-Biedenkopf:

- 1 **Sandra Laaz**, Tagesmutter, geb. am 19.06.70 in Marburg, Steinweg 3, 35037 Marburg, politische Schwerpunkte: Finanzen, Verkehr, Umwelt, Frauen, kommunale Partnerschaft
- 2 **Dr. Karsten McGovern**, Erster Kreisbeigeordneter, geb. am 31.05.64 in Bad Dürheim, Am Vogelherd 65, 35043 Marburg, politische Schwerpunkte: Gesundheit, SGB II, Bildung, Wirtschaftsförderung, ÖPNV und Naturschutz
- 3 **Elke Siebler**, Politologin, geb. am 14.05.68 in Pforzheim, Auf der Heide 14, 35085 Ebsdorfergrund, politische Schwerpunkte: Arbeitsmarktpolitik, Frauen- und Geschlechterpolitik, Wirtschaft und Finanzen
- 4 **Reiner Nau**, Dipl. Psychologe, geb. am 15.08.54 in Kirchhain-Großseelheim, Magdeburger Str. 12, 35274 Kirchhain, politische Schwerpunkte: Natur- und Umweltschutz, Raum- und Bau(leit)planung, Sport und Gesundheit
- 5 **Sabine Schlegel**, Theologin, Mediatorin, geb. am 10.03.67 in Salzgitter, Am Mehrdrusch 32, 35094 Lahntal, politische Schwerpunkte: Familie, Jugend, Soziales, Gesundheit, Schule, Radwege (nah+fern)
- 6 **Armin Becker**, Beamter a. D., geb. am 15.09.43 in Obereisenhausen, Am Blosenberg 4, 35239 Steffenberg, politische Schwerpunkte: Trinkwasser, Abwasser, Abfall, Katastrophenschutz
- 7 **Anja Sobczak**, Angestellte, geb. am 04.11.67 in Bremen, Steinweg 10, 35279 Neustadt/Hessen, politische Schwerpunkte: Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- 8 **Tomas A. Schneider**, Geschäftsführer, geb. am 14.10.60 in Darmstadt, Auf dem Wehr 17, 35037 Marburg, politische Schwerpunkte: Wirtschaft, Verkehr und Regionalentwicklung
- 9 **Kirsten Fritz**, Pädagogin, geb. am 28.12.54 in Miltenberg, Biegenstraße 8, 35037 Marburg, politische Schwerpunkte: Bildung, Schule, Denkmalschutz, demographischer Wandel
- 10 **Dirk Döhne**, Angestellter, geb. am 24.01.69 in Kassel, Försterweg 13, 35039 Marburg, politische Schwerpunkte: Schule, Schwule, Natur- und Artenschutz
- 11 **Margrit Kahler-Görg**, Dipl. Sozialpädagogin, geb. am 13.07.52 in Oldenburg, Am Schreinersgarten 15, 35075 Gladenbach
- 12 **Michael Meinel**, Dipl. Ing. agr, geb. am 10.10.58 in Frankfurt, Ketzlerbach 35, 35094 Marburg
- 13 **Hildegard Petri-Tuschling**, Oberstudienrätin, geb. am 23.07.42 in Heiligenstadt, Renthof 35, 35037 Marburg
- 14 **Heinrich Rabenau**, Beamter a. D., geb. am 13.03.50 in Hachborn, Heidestr. 7, 35085 Ebsdorfergrund
- 15 **Martina Rupp**, Wissenschaftl. Mitarbeiterin, geb. am 29.09.70 in Stuttgart, Hinterfeld 14, 35043 Marburg
- 16 **Matthias Matzen**, Dipl. Chemiker, geb. am 05.06.64 in Hannover, Heppenbergr. 11, 35083 Wetter/Hessen
- 17 **Karin Servazi-Beimborn**, geb. am 28.12.61, Gasse 12, 35719 Steffenberg
- 18 **Edmund Zimmermann**, Lehrer, geb. am 23.07.50 in Bad Camberg, Ferdinand-Köhler-Str. 14, 35075 Gladenbach

- 19 **Susan Bickel**, Lehrerin, geb. am 04.11.50 in Birmingham (GB), Untere Dorfstr. 16, 35288 Wohratal
- 20 **Reinhard Weber-Hofmann**, Student, geb. am 12.08.77 in Hanau, Frauenbergstraße 35039 Marburg
- 21 **Inge Dammshäuser**, Bürokauffrau, geb. am 30.06.51 in Lahntal-Sarnau, Am Goldrain 10, 35091 Cölbe
- 22 **Manfred Keller**, Studiendirektor, geb. am 21.08.42 in Tauberbischofsheim, Am Martacker 5, 35041 Marburg
- 23 **Efi Kaioglidou-Schmidt**, Fach-informatikerin, geb. am 21.04.57 in Psychikon (GR), An der Eiche 10, 35274 Kirchhain
- 24 **Helmut Hermann**, Lehrer, geb. am 23.09.48 in Alsfeld-Hattendorf, Untere Dorfstraße 16, 35288 Wohratal
- 25 **Helga Sitt**, Kfm. Angestellte, geb. am 28.12.52 in Rauschenberg, Gartenstraße 30, 35274 Kirchhain
- 26 **Michael Schmidt**, Rentner, geb. am 12.11.37 in Derenburg, Weiershäuser Str. 9a, 35096 Weimar/Lahn
- 27 **Barbara Seitz**, Studienrätin, geb. am 01.07.50 in Pforzheim, Rossweg 15a, 35094 Lahntal
- 28 **Michael Feldpausch**, Grafiker, geb. am 31.12.50 in Stadtallendorf, Isarstr. 19, 35260 Stadtallendorf
- 29 **Heinz Palz-Gerling**, Sozialpädagoge, geb. am 26.02.61 in Vallendar, Hofackerstraße 15, 35091 Cölbe
- 30 **Christa Dr. Perabo**, Diplom-Politologin, geb. am 19.09.42 in Limburg, Sauersgäßchen 2, 35037 Marburg
- 31 **Michael Vaupel**, Rektor, geb. am 06.11.60 in Marburg, Die Röhrengärten 9, 35282 Rauschenberg
- 32 **Lydia Schneider**, Lehrerin, geb. am 10.04.54 in Weimar-Allna, Alte Bahnhofstr. 31A 35096 Weimar/Lahn
- 33 **Wolfram Schäfer**, Wissenschaftl. Angestellter, geb. am 07.12.47 in Braunfels, Schulstraße 10, 35037 Marburg
- 34 **Claudia Hepting**, Diplom-Biologin, geb. am 04.08.66 in Wissen/ Sieg, Nelkenweg 8, 35043 Marburg
- 35 **Josef Bardelmann**, Dipl. Sozial-wissenschaftler, geb. am 21.11.66 in Vechta, Kellerwaldstraße 13, 35043 Marburg
- 36 **Margarete Becker**, Organistin, geb. am 14.11.43 in Laubach, Am Blosenbergr 4, 35239, Steffenberg
- 37 **Frieder Schulzer**, Dipl. Ing Architekt, geb. am 23.08.56 in Lübeck, Ernst-Reuter-Str. 1, 35041 Marburg
- 38 **Gertrud Schmidt**, Rentnerin, geb. am 09.02.52 in Darmstadt, Weiershäuserstr. 9a, 35096 Weimar/Lahn
- 39 **Dietmar Göttling**, Geschäftsführer, geb. am 09.02.52 in Brilon, Stresemannstraße 40, 35037 Marburg
- 40 **Hildrud Heyden**, Rentnerin, geb. am 20.08.39 in Marburg, Steinweg 3, 35037 Marburg
- 41 **Reinhard Ahrens**, Angestellter, geb. am 06.09.50 in Hamburg, Schützenstr. 19, 35096 Weimar

- 42 Christa Künzel**, Dozentin, geb. am 02.03.49 in Neu-Ulm, Gebrüder-Plitt-Str. 6,35083 Wetter/Hessen
- 43 Erika Dr. Richter**, Ärztin, geb. am 14.08.48 in Liebenscheid, Rimbergstr. 10, 35043 Marburg
- 44 Ansgar Kraiker**, Steuerfachangestellter, geb. am 01.12.54 in Frankfurt, Rosenstr. 12, 35096 Weimar/Lahn
- 45 Alev Lassmann**, Lehrerin, geb. am 13.05.53 in D'bakir, Am Vogelherd 2, 35043 Marburg
- 46 Roland Stürmer**, Psychotherapeut, geb. am 22.05.52 in Nordhorn, Schwanallee 17, 35037 Marburg
- 47 Dr. Petra Baumann**, Juristin, geb. am 24.03.61 in Essen, Breslauer Str.8, 35043 Marburg
- 48 Wilhelm Göbel**, Lehrer, geb. am 08.07.50 in Essen, Alte Weinstraße 11, 35094 Lahntal
- 49 Uta Henke**, Lehrerin, geb. am 28.03.51 in Meschede, Alte Weinstraße 11, 35094 Lahntal
- 50 Burkhard Müller-Schlegel**, Techn. Angestellter, geb. am 26.10.62 in Marburg, Am Mehrdrusch 32, 35094 Lahntal
- 51 Elke Neuwohner**, Ärztin, geb. am 18.03.76 in Lage, Biegenstraße 19, 35037 Marburg
- 52 Dr. Franz Kahle**, Bürgermeister, geb. am 12.06.59 in Rheda, Biegenstraße 49 35037 Marburg

Kommunalwahl 2006

Liste 3
Starke Kraft im Landkreis



Kreisverband Marburg Biedenkopf / Frankfurter Straße 46 / 35037 Marburg / Tel.: 06421-22606
Fax: 06421-14721 / Mail: kreisverband@gruene-marburg.de / www.gruene-marburg.de